

## **201218 Haushaltsrede BM Schiek zum Haushalt 2021**

Die Gemeindeverwaltung legt heute den Entwurf des Haushaltes für 2021 und der Finanzplanung bis 2024 vor. Die von unserer Finanzabteilung erarbeiteten Werke zeigen gegenüber dem, was wir vor einem Jahr angenommen haben, deutliche Folgen der noch nicht bewältigten Pandemie.

Eine Überschrift könnte lauten: Die guten Zeiten sind erstmal vorbei.

Stets wurde darauf hingewiesen (obwohl es als Allgemeinwissen betrachtet werden kann), dass die Einnahmen irgendwann einmal zurückgehen können, die Ausgaben aber nicht ohne Weiteres reduzierbar sind. Das nun in Realität zu erleben, ist eine andere Dimension, bestätigt aber die Richtigkeit der früheren Prognose.

Der Kämmerer wird Ihnen anschließend Zahlen präsentieren, mit denen wir uns nicht ohne Weiteres zufriedengeben dürfen; auch nicht möchten.

Unser Haushalt 2021 kann aus heutiger Plansicht nicht ausgeglichen werden. Dass es bei fast allen Gemeinden so ist, betrachte ich als schwachen Trost.

Uns fließen aus Steuern und Umlagetöpfen knapp 1 Million EUR weniger zu, als vor Corona erwartet. Diese wegbrechenden Einnahmen können nicht aufgefangen werden und fehlen uns zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes. Wir haben deshalb keinen Zahlungsmittelüberschuss, den wir gerne hätten, sondern wir haben einen Zahlungsmittelbedarf von knapp 1 Million EUR.

Den können wir zwar decken, weil wir davon ausgehen, rund 1,4 Millionen EUR in der Kasse aus 2020 mit ins neue Jahr zu nehmen (haben wir noch aus der Kreditaufnahme von 2 Mio. EUR), aber das reicht natürlich weder aus, unsere Eigenanteile an den vorgesehenen Investitionen zu decken und es wird auch deutlich, dass wir unsere Abschreibungen nicht erwirtschaften können.

Nochmal: wir tragen dieses Los mit fast allen anderen Kommunen, aber das kann und soll nicht so bleiben.

Die Erklärung zu einzelnen Einnahmen des laufenden Betriebs kommt vom Kämmerer.

Die laufenden Ausgaben betrachte ich als realistisch aufgestellt, da sehe ich keine große Reserve. Höchstens die Unsicherheit, ob wir alles abarbeiten können, was wir uns vorgenommen haben bzw. was notwendig ist, insbesondere im Bereich der laufenden Unterhaltung.

Der mit Abstand größte Einzelposten bei den Ausgaben sind die Personalausgaben. Sie steigen um über 1 Mio. EUR auf ca. 9,2 Mio. EUR. Neben den tariflichen Erhöhungen sind dafür vor allem die Übernahme des Waldkindergartens in unsere Trägerschaft der Grund, außerdem die Schaffung einer weiteren Gruppe im Kindergarten Südstraße, eine zusätzliche Stelle im Rathaus und kleinere Aufstockungen in anderen Bereichen. Diese Erhöhung ist gravierend. Dennoch oder gerade deshalb warne ich vor dem Reflex, hier zuerst anzusetzen. Hinter diesem Betrag stehen etwa 200 Menschen, die für die Gemeinde arbeiten und die Leistungen erbringen, zu denen wir gesetzlich verpflichtet sind oder die wir haben wollen. Wenn wir also hier einsparen wollen, dann müssen wir damit anfangen, AUFGABEN abzubauen. Die Ausgaben sinken dann hinterher.

Mit den im laufenden Betrieb fehlenden ca. 1 Million EUR sind wir nicht zufrieden.

Dass in allen zurückliegenden Jahren der Haushaltsverlauf besser war als die Planung, ist kein Gesetz, sondern Hoffnung. Die haben wir allerdings noch nicht verloren, sondern natürlich werden wir dafür nach Kräften arbeiten. Und wir sehen auch Ansätze. Diese Ansätze liegen insbesondere im Bereich der Bewirtschaftung, bedingt auch im Unterhaltungsbereich, natürlich sind wir auch bereit, die innere Organisation zu hinterfragen mit dem Ziel der Personalkostenreduzierung oder wenigstens -stabilisierung.

Allerdings ist ganz klar: durch Handauflegen oder Diskussion verbessert sich hier gar nichts, sondern nur durch Arbeit von Menschen, die dafür qualifiziert und motiviert sind. Und dafür sind eben Personalausgaben da und auch notwendig.

Unter Einbeziehung aller Umstände sehe ich kurzfristig insbesondere in den großen Blöcken unseres Personals (Kinderbetreuung und Verwaltung) keine Möglichkeit der Einsparung. Bei den Kindergärten sind wir gesetzlich zur Leistung verpflichtet, bei den Schulen wird das nun kommen (Verpflichtung zur Schülerbetreuung), so dass ein Abbau der bisher freiwilligen Leistungen Unfug wäre. In der Verwaltung hoffen wir, dass der personelle Wechsel sich verlangsamt und wir endlich in der Lage sein werden, uns auch mal wieder um grundsätzliche und organisatorische Fragen zu kümmern und um die Aufarbeitung der Rückstände, die entstanden sind, als wir uns in zurückliegenden Jahren einfach übernommen haben, als Aufgabenfülle und Personalbestand nicht zueinander gepasst haben.

Bei den für 2021 eingeplanten Investitionen gibt es nur wenige, die man schieben kann. Ob das sinnvoll ist?

Zwingend ist die Sanierung der Sporthalle. Machen wir das nicht, schließt die Versicherung die Tür zu.

Dabei waren wir zuletzt auf dem Stand, dass wir eher eine weitere Sporthalle brauchen, als auf die bestehende verzichten zu können. Klar also: diese Halle ist unverzichtbar für Schule und Vereine: die Sanierung muss kommen und kommt auch.

Dann kommen einige Investitionsausgaben, zu denen wir verpflichtet sind.

Diskutieren und entscheiden werden wir noch über Feldwegeausbau, Wechsel bei der Straßenbeleuchtung auf LED und darüber, wie wir in die Ortssanierung Nordhausen einsteigen.

Machen wir alles, was wir geplant haben, und gibt es sonst keine Veränderungen, brauchen wir wieder einen Kredit von 2 Millionen EUR.

Bisher stehe ich voll zu den Kreditaufnahmen der vergangenen Jahre; wir wissen, welche wichtigen Investitionen für die Gemeinde wir damit finanziert haben.

So langsam kommen wir aber in Größenordnungen, wo noch penibler als bisher schon abgewogen werden muss. Ja, ich bekenne mich zum antizyklischen Investieren, wir haben wie alle Kommunen gesamtwirtschaftliche Verantwortung und profitieren auch davon. Aber so lange man Kredite braucht, ist dafür letztlich jede Ausgabe verantwortlich, die man beschließt. Also werden wir uns ausführlich mit allen Ausgaben befassen. Allerdings: das haben wir bisher auch getan.

Bei den Einnahmen hat die Gemeindeverwaltung im Entwurf keine Erhöhung der allgemeinen Steuern vorgesehen. Wir stehen da im Vergleich der Steuersätze und Gebührenhöhen zwar gut da, sehen aber diese Möglichkeit erst dann als wirklich gerechtfertigt an, wenn alle anderen Überlegungen zu keinem Ergebnis führen.

Zu den weiteren Aussichten, die im Finanzplan sichtbar sind.

Wenn mir jemand sagen kann, welche Folgen sich – insb. für die Wirtschaft und die Beschäftigung – aus der Pandemie noch ergeben, dann tun wir uns leichter mit unseren Prognosen. So lange es nichts Besseres gibt, halten wir uns an die landesweit zur Verfügung gestellten Orientierungsdaten und an das, was aus kommunaler Sicht plus oder minus zu berücksichtigen ist.

Ab 2022 zeichnet sich Verbesserung ab. Ob allerdings wirklich innerhalb 2 Jahren die prognostizierte Verbesserung um über 2 Mio. EUR möglich ist, bleibt abzuwarten.

Selbst wenn das aber so kommt, können wir – Stand heute - im gesamten Finanzplanungszeitraum die Abschreibungen von unserem Vermögen nicht erwirtschaften, was grundsätzlich sein soll. Auch hier tröstet nur wenig, dass es anderen genauso wenig gelingt. Kurzfristig sehe ich das auch nicht als großes Problem, mittel- und langfristig schon.

Große Projekte in den Jahren bis 2024 sind laut Entwurf:

- Die Beschaffung des schon bestellten Löschgruppenfahrzeuges LF20 für die Feuerwehr
- Die Ortsanierung Nordhausen
- Ein neuer Aussegnungsraum für Nordhausen
- Die Erneuerung von Straßen und Abwasserkanälen

Ob diese Projekte alle möglich sind, wird sich zeigen.

Bewusst gerade nicht erwähnt ist die Entwicklung eines neuen Baugebietes; in Rede steht Weihen III.

Wir haben zuletzt an diesem Gebiet nicht gearbeitet, weil wir mit anderen dringenderen Aufgaben ausgelastet sind. Und wir haben bewusst die finanziellen Auswirkungen haushaltsneutral in den Finanzplan eingebaut mit der Folge, dass sich keine Verschlechterung ergäbe, wenn auf den Weihen verzichtet würde,

Wenn wir künftig wieder am Weihen arbeiten, dann ist – ganz grobe und persönliche Abschätzung von mir – Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Einnahmen der Gemeinde aus Wertsteigerung bzw. Bauplatzverkauf fließen im Wesentlichen, nach bisheriger Vorgehensweise jedenfalls zum weitaus größten Teil, in den Bau eines dann erforderlichen weiteren Kindergartens.  
Dass sich durch weitere Kindergartenplätze auch das jährliche Betriebskostendefizit erhöht, ist ja jedem klar.
- Die Auswirkungen zusätzlicher Einwohner auf sonstige Infrastruktur (Schule, Versorgung, ...) sollten nach heutiger Einschätzung neutral bis positiv sein.
- Ob die Erwartungen des Gemeinderates zum zeitlichen Ablauf von Erschließung und Bauplatzverkauf bzw. zur Bauplatzvergabe umsetzbar

sind, ist bisher offen. Die bisherigen Regelungen sind jedenfalls nicht mehr anwendbar, der Einfluss der Gemeinde ist geringer geworden.

- Zusätzlich werfe ich in die Waagschale die Klagen über grassierenden Flächenverbrauch, unwiederbringlich verlorene Fläche für Landwirtschaft und/oder Natur.
  - Das alles zusammengenommen bin ich jederzeit bereit, nein, ich beabsichtige sogar, nochmal genau abzuwägen, bevor wir an die Umsetzung vom Weihen oder jedem anderen Wohnbaugebiet gehen.
  - Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die bisherige Abwicklung für die Gemeinde hohen Aufwand und Risiken mit sich bringt, ohne die vom Gemeinderat gewünschten Einflussmöglichkeiten zu haben.
- Ich halte es deshalb für sinnvoll, sich zunächst zu überlegen, ob wir die Baulandentwicklung in der Weise verändern, dass die Gemeinde – wie schon bei den letzten Gewerbegebieten praktiziert – zunächst Eigentümer der ganzen Fläche wird. Das würde vieles vereinfachen und die Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinderates wesentlich vergrößern. Sobald es geht, kommen wir mit diesem Thema in die Sitzungen.

Nicht im Plan stehende, aber denkbare Projekte, die uns finanziell belasten würden, sind z.B.:

- Stadtbahn Süd
- Hochwasserproblematik Katzentalbach
- Breitbandversorgung

Müssen wir für solches Geld ausgeben, reden wir über Geld, das wir nicht haben.

Insgesamt kann ich mit dem Haushaltsentwurf leben, aber nur unter folgenden Prämissen:

- Die Verwaltung muss und wird zunächst die laufenden Ausgaben einzeln in die Hand nehmen und daraufhin prüfen, ob sie so erforderlich sind.
- Der Grundsatz der Einnahmehbeschaffung von § 78 der Gemeindeordnung ist zu leben – also allgemeine Steuern und Kredite erst am Schluss.
- Wenn wir nicht auf einen grünen Zweig kommen, werden wir uns damit befassen, ob und welche Zöpfe wir abschneiden. Das Problem dabei ist, dass wir diese Zöpfe selbst geflochten haben und dass sie uns eigentlich ganz lieb sind.

Bei oberflächlicher Betrachtung des Zahlenwerks, das heute als Entwurf vorgelegt wird, könnte man meinen, die Megathemen unserer Zeit fehlen.

Sie finden wenig, was ganz direkt den Namen Klimaschutz/Naturschutz trägt. Es ist aber nicht so, dass wir da nichts tun; als Beispiele nenne ich unsere Photovoltaikanlagen und die BHKW's, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED oder das laufende Biotopvernetzungs-konzept z.B.

Ja, man kann immer mehr tun, wahrscheinlich sollten wir. Das ist aber Arbeit und die muss jemand leisten, egal ob im eigenen Haus oder externe Auftragnehmer.

Das Thema Bildung und Betreuung bereitet mir derzeit keine großen Sorgen, ausgenommen die stark wachsenden Kinderzahlen und unsere begrenzten Kindergartenplätze. Unser Gesamtangebot vom Kleinkind bis zum Jugendhaus, über Kindergarten und Schule, von den Schülerbetreuungen und der Mensa über Schulsozialarbeit und allen weiteren Bausteinen, kann sich sehen lassen und ist m.E. zukunftstauglich. Wenn da weiter ausgebaut werden soll, dann müssen Bund und Land nicht nur bestellen, sondern auch bezahlen. Wir können nicht mehr leisten, als wir es heute schon tun.

Den Demografischen Wandel haben wir im Blick. Wenn auch nicht immer sichtbar, arbeiten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür, dass unsere Gemeinde das bieten kann, was die künftig ältere und buntere Gemeinschaft braucht. Das sind dicke Bretter, aber wir sind dran.

Die Digitalisierung wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen, bringt Arbeit und Ausgaben mit sich und wir können uns nicht entziehen. Wir müssen aber dranbleiben und bemühen uns darum, vorbereitet zu sein auf absehbare Änderungen.

Die Schaffung von Wohnraum wird immer wieder als Megathema genannt. Wir als Gemeinde Nordheim sind in erster Linie dazu da, dafür Rahmenbedingungen zu schaffen. Wenn wir das tun, ist es regelmäßig schnell vorbei mit frommen Wünschen und wir erhalten seitenweise Widersprüche bei Bebauungsplänen, die Voraussetzung für Wohnraum sind. Das sollten wir nicht vergessen.

Mit dieser übergeordneten Betrachtung will ich's sein lassen mit meiner Sicht auf den Haushaltsentwurf 2021 einschließlich Finanzplanung bis 2024.

Es sind aus heutiger Sicht realistische Zahlen, der Gemeinderat hat Spielraum und Einfluss auf Einnahmen und Ausgaben – wenn auch begrenzt. Die

Hoffnung, dass es nicht schlimmer kommt, sondern dass wir uns verbessern können, die ist bei mir gut ausgeprägt. Vor allem deshalb, weil wir personell bald wieder so aufgestellt sind, dass wir unsere anteilige Arbeit dafür auch leisten können.

Dank an Herrn Schmidt, Herrn Reegen, das Team von der Finanzabteilung und alle, die am Haushaltsentwurf mitgearbeitet haben.